

Echte Bürgerbeteiligung statt zu niedriger Benchmark - Drei Euro pro Person schaffen keine Akzeptanz



Zur Erreichung einer hundertprozentigen Energieversorgung aus erneuerbaren Energien ist ein schneller und bundesweiter Umbau der bisherigen Stromerzeugungsinfrastruktur notwendig. Für die Bevölkerung gehen die erforderlichen Maßnahmen mit einem starken Umbruch der gewohnten Stromversorgung einher. Es besteht daher Konsens, dass die erneuerbaren Ausbauziele nur mit einer breiten **gesellschaftlichen Akzeptanz** erfüllt werden können.

Besonders der Ausbau von Wind- und Photovoltaikanlagen stößt jedoch vermehrt auf Widerspruch. Für Akzeptanz und sozialen Zusammenhalt müssen sich die Bürger:innen aktiv beteiligen können. Leider wird statt echter Bürgerbeteiligung derzeit nur ein zu niedriger Benchmark diskutiert. Im Raum steht **eine Zahlung** in Höhe von **0,1 Cent pro Kilowattstunde (ct/kWh)** für die Bevölkerung im Umkreis von 2,5 Kilometern, um ein Windrad oder eine PV-Freiflächenanlage einzuführen. Daraus resultiert eine durchschnittliche Zahlung eines **einstelligen Eurobetrages pro Jahr** und Bürger:in. Dies schafft keine Akzeptanz und kann sich sogar schädlich auswirken, wenn die Bevölkerung das Gefühl bekommt, dass ihre Zustimmung günstig erkauft wird und sie dafür ihr Mitspracherecht einbüßt.

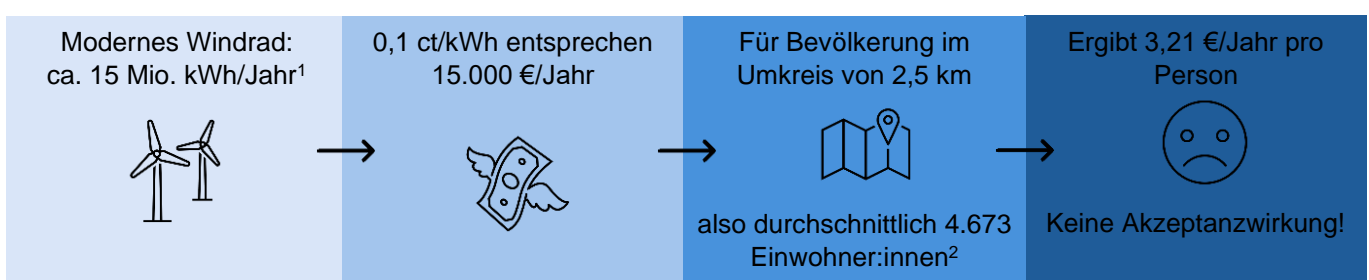
Eine derartige Minimallösung stellt somit keine angemessene Form der Bürgerbeteiligung dar und darf daher nicht als (verpflichtende) Option bundes- und landesgesetzlich eingeführt werden. Eine **starre und passive Ausgestaltung** würde jegliche Mitwirkung durch regionale Akteure und Bürgerschaft unterbinden und somit nicht dem Willen nach mehr Beteiligung gerecht werden. Zu diesem Fazit kommen die **Bundesgeschäftsstelle Energiegenossenschaften beim DGRV** – Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband e.V. und das **Bündnis Bürgerenergie (BBEn)** in ihrer Rolle als wichtigste Vertreter des bürgerlichen Engagements für eine dezentrale Energiewende. Von den Energiegenossenschaften vor Ort heißt es dazu, dass die diskutierte Zahlungsoption sogar eine **Verschlechterung zum Status Quo** bedeuten würde.

Forderung: Wir fordern vollständiges Eigentum oder eine prozentuale Bürgerbeteiligung an EE-Anlagen (s. [Positionspapier](#)) anstatt einer reinen finanziellen Ausschüttung in Cent pro kWh.

Warum 0,1 ct/kWh nicht ausreichen

- Akzeptanzziel wird nicht durch passive Zahlung erreicht
- Zu geringer Auszahlungsbetrag wird automatisch zum wirtschaftlichen Benchmark und macht individuelle zielgerichtete Abmachungen unmöglich
- Verschlechterung des Status Quo bezüglich Mitsprache- und Beteiligungsmöglichkeiten
- Fortschrittlichere Beteiligungsgesetze auf Länderebene nicht mehr haltbar, weil u.a. nur Beteiligungen in Höhe von 10% bei Wind- und 15% bei PV-FFA-Projekten möglich wären
- Ungleiche Entscheidungsmacht verhindert Mitsprache und Gestaltungsspielraum (besonders bei ortsfremden Betreibern problematisch)
- Ungleiche regionale Beteiligung je nach Einwohnerzahl
- Abwicklung über die Gemeinde schwierig – Auszahlungsmechanismus unklar u.a.
- Umgekehrte Wirkung durch Minimallösung denkbar, wenn ein Großteil der Gewinne aus der Gemeinde abfließen und die Zustimmung der Bevölkerung günstig gekauft wird

Rechenbeispiel



¹ Ergebnis bei PV-Freiflächenprojekten ähnlich.

² Daten auf Grundlage von [Einwohnerdichte in Deutschland](#) 2021: 238 Einwohner:innen/km²